

"Dreifach-Mission für Jacques Santer" in Le Monde (24. Januar 1995)

Legende: Am 24. Januar 1995 zählt die französische Tageszeitung Le Monde die großen Fragen auf, die die neue Europäische Kommission unter dem Vorsitz des ehemaligen luxemburgischen Premierministers Jacques Santer behandeln muss.

Quelle: Le Monde. dir. de publ. Colombani, Jean-Marie. 24.01.1995, n° 15 550; 51e année. Paris: Le Monde. "Les trois missions de Jacques Santer", auteur:Lemaitre, Philippe , p. 1; 15.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/dreifach_mission_fur_jacques_santer_in_le_monde_24_januar_1995-de-da630c00-32ae-45a3-bcf8-38cebc453edo.html

Publication date: 05/07/2016



Dreifach-Mission für Jacques Santer

Die neue Europäische Kommission wird am Montag, dem 23. Januar, unter dem Vorsitz von Jacques Santer ihr Amt antreten. Während ihrer fünfjährigen Amtszeit erwartet man von ihr, dass sie drei Missionen erfolgreich bewältigt: Sie soll zunächst die Umsetzung des Maastricht-Vertrags beschleunigen, d. h. den europäischen Binnenmarkt konsolidieren, das Programm zur Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU) zu Ende bringen und der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) eine konkrete Form geben.

Sie soll sodann die Regierungskonferenz (RK) steuern, die 1996 den Maastricht-Vertrag reformieren soll, um seine Schwachpunkte auszubessern und ihn an die erweiterte Union anzupassen. Derzeit hat die Union 15 Mitglieder, im Jahre 2010 wird sie wohl etwa 30 Mitgliedstaaten zählen.

Wie bereits auf dem letzten Gipfeltreffen in Essen beschlossen soll die Kommission schließlich die EU-Erweiterung um die mittel- und osteuropäischen Länder (MOEL) sowie Malta, Zypern und unter Umständen die Türkei vorbereiten. Sie soll gleichzeitig die Beziehungen der EU nach Osten (Russland, Ukraine) und Süden (Maghreb-Staaten, östlicher Mittelmeer) mit den Ländern festigen, die wohl nicht beitreten werden.

Die erste dieser Aufgaben ist administrativer Art, da der Weg bereits vorgezeichnet ist und die notwendigen Verordnungen schon verabschiedet wurden. Der europäische Binnenmarkt darf jedoch nicht anhand rein juristischer Gesichtspunkte bewertet werden, das heißt nach der Anzahl der erlassenen und danach umgesetzten Richtlinien. Vielmehr muss sichergestellt werden, dass das bestehende System vor Ort gerecht arbeitet.

Den Binnenmarkt mit Leben zu erfüllen, heißt, ihn zu ergänzen, wo das vorgesehen ist (beispielsweise im Bereich der Steuergesetzgebung) und an globale Entwicklungen anzupassen. Es heißt, dass das Weißbuch „Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung“ weiterhin angewandt werden muss, das von der Delors-Kommission verfasst wurde und als Bezugsrahmen für wirtschaftliches und soziales Handeln fortbesteht. Es heißt außerdem, dass die Revolution der „Informationsgesellschaft“ angestoßen werden muss, indem einerseits liberalisiert wird, um dem Markt Gelegenheit zur freien Entfaltung zu geben, und andererseits gelenkt wird, um chaotische Zustände zu vermeiden, und dass schließlich die Zusammenarbeit zwischen den Unternehmen gefördert wird.

Die Kommission muss auch geeignete Ansätze zur Reduzierung der Arbeitskosten finden, ohne die für die Arbeitnehmer erzielten Vorteile zu beschneiden. Um die hierfür benötigten Geldmittel aufzubringen und die nach der Konferenz von Rio eingegangenen Verpflichtungen einzuhalten, wird die Kommission eine Abgabe auf CO₂-Emissionen beschließen müssen. Sie muss auch darüber nachdenken, wie Ausbildung und Forschung steuerlich entlastet werden können.

Um die Währungsunion spätestens zum 1. Januar 1999 zu verwirklichen, wird die Kommission darauf achten müssen, dass die Regierungen die Konvergenzbemühungen gemäß ihren Verpflichtungen fortführen. Der seit 1994 bestehende neue Wachstumszyklus ist dabei hilfreich, jedoch zeigen die derzeitigen Währungsturbulenzen bei Lira und Pesete, dass an der Devisenfront nie Ruhe herrscht.

Die neue Kommission scheint zu dieser Konsolidierungsarbeit bereit zu sein, wie sie auch von Seiten der Industrie wiederholt gefordert wurde. In seiner Antrittsrede vor dem Parlament brachte Santer seine Entschlossenheit zum Ausdruck, „die erforderlichen ... Mittel aufzubringen“, um die in Essen als vorrangig betrachteten 14 Vorhaben zur Verkehrsinfrastruktur tatsächlich bis Ende 1996 in Angriff zu nehmen. Santer sprach sich für eine Annäherung von Forschung und Industrie aus. Er machte verschiedene Aussagen zur informationstechnischen Revolution: *„Europa darf den Anschluss nicht verpassen ... Ich wünsche mir, dass die Union mit europäischen Technologien, Produkten und Diensten an der Spitze steht ... Wir müssen auch eine Strategie der Inhalte entwickeln. Auf unseren Datenautobahnen müssen wir europäisch fahren.“*

Zu seiner Unterstützung steht eine tüchtige Mannschaft mit einigen „Altgedienten“ bereit, die sich in der jeweiligen Materie auskennen, wie beispielsweise der Deutsche Martin Bangemann (zuständig für

Unternehmensfragen und Verfasser eines Berichts über die Informationsgesellschaft, der seinen Namen trägt) oder der Belgier Karel Van Miert (zuständig für Wettbewerb).

Aber auch die neuen Kommissionsmitglieder sind hoch motiviert und keineswegs unerfahren. So z. B. Edith Cresson (Forschung und Ausbildung), der italienische Wirtschaftsfachmann Mario Monti, dem in Brüssel ein ausgezeichneter Ruf vorausgeht, oder auch Yves-Thibault de Silguy, mit Fragen der WWU befasst, dessen Beruf seit über 20 Jahren „Europa“ ist, wie er während seiner Anhörung vor dem Parlament formulierte.

Die beiden weiteren Aufgaben – Reform und Erweiterung – erfordern eher Einfallsreichtum und diplomatisches Geschick. Sie greifen ineinander über. Denn die Reform der Institutionen steht einerseits unter dem Vorzeichen einer sich schrittweise erweiternden Union, und andererseits haben die Fünfzehn erklärt, dass sie keine Beitrittsverhandlungen beginnen werden, solange die 1996 beginnende Arbeit der Regierungskonferenz nicht beendet ist. Wird die Kommission somit den Moderator geben, wie es der Fall bei den vorhergehenden Regierungskonferenzen wie beispielsweise 1985 war, wo der Binnenmarkt und die ihn flankierenden Maßnahmen beschlossen wurden, oder 1991, als es um die WWU ging?

Die Ausgangslage ist anders und nichts deutet darauf hin, dass Jacques Santer eine solche Führungsrolle übernehmen könnte. Jacques Delors hatte den Plan für den Binnenmarkt 1985 gewissermaßen bereits in der Tasche. Die zweite Delors-Kommission wusste 1989 ganz genau, in welche Richtung sie die Zwölf mit ihrem Entwurf einer WWU lenken wollte. Nichts dergleichen heute. Die Rede SanTERS vor dem Parlament führte eine Reihe offener Fragen auf, es mangelte jedoch an einem mobilisierenden Konzept. In den vorhergehenden Kommissionen hatte Jacques Delors stets die Rolle des konzeptuellen Vordenkers gespielt, was ihm niemand streitig machte. Könnte der neue Präsident, wenn er es denn wollte, überhaupt so gegenüber einem Kollegium handeln, von dem man leicht erraten kann, dass es in diesen sensiblen Fragen ohne innere Geschlossenheit ist?

Er muss klar Position beziehen, entscheiden und in vollem Umfang von seiner ersten Befugnis, dem Initiativrecht, Gebrauch machen.

Selbst wenn die beiden Aufgaben miteinander im Zusammenhang stehen, muss die Kommission darauf achten, dass Fragen der Erweiterung und insbesondere damit verbundene Finanzierungsaspekte so wenig wie möglich negativ auf die Debatten über die institutionelle Reform abfärben. Die institutionelle Frage ist vorrangig, da Beitrittsverhandlungen nicht vor 1998 beginnen werden. Die hochrangige Gruppe zur Prüfung der institutionellen Reform wird ihre Arbeit im Juni aufnehmen.

Folgende Fragen werden im Vordergrund der Erörterungen stehen: häufigere Abstimmungen mit qualifizierter Mehrheit, auch bei Fragen der GASP; die Zahl der Kommissare; die eventuelle Ausgestaltung des Systems der variablen Geometrie, das heißt die Bedingungen, unter denen eine begrenzte Anzahl von Mitgliedstaaten „eine Vorreiterrolle“ übernehmen darf, wie Santer formulierte. In all diesen Punkten werden die einzelnen Mitgliedstaaten sicher entschiedene Position beziehen. Die Kommission darf kein Öl ins Feuer gießen. Sie darf sich jedoch auch nicht auf eine Vermittlerrolle beschränken, wozu ihr Präsident vielleicht neigt. Er muss Position beziehen, entscheiden und in vollem Umfang von seiner ersten Befugnis, dem Initiativrecht, Gebrauch machen.

Jedoch muss die in Essen beschlossene Heranführungsstrategie unverzüglich konkret, aber gleichzeitig behutsam und umsichtig umgesetzt werden. Es ist wichtig zu wissen, wohin sich die Union wie und mit welchen Mitteln bewegt. Da der gemeinschaftliche Finanzrahmen nur bis 1999 feststeht, hat die Kommission schwierige Haushaltsverhandlungen vor sich. Die Ausarbeitung des Weißbuchs über die bis zum Frühjahr abzuschließende kontinuierliche Anpassung der Gesetzgebung der MOEL im Hinblick auf ihre Aufnahme in den Binnenmarkt stellt eine erste Herausforderung dar.

Zwar dürfen diese Fragen nicht ignoriert werden, es muss aber vermieden werden, dass verfrühte Kontroversen (Infragestellung der gemeinsamen Agrarpolitik und der Strukturfonds) die institutionelle Reform scheitern lassen. Ein wahrer Drahtseilakt für Jacques Santer und Hans Van den Broek als den für die

zukünftige Erweiterung zuständigen Kommissar!

Philippe Lemaitre